



An den Grossen Rat

17.5217.02

FD/P175217

Basel, 30. August 2017

Regierungsratsbeschluss vom 29. August 2017

Interpellation Nr. 73 von Toya Krummenacher betreffend „gängige Praxis Abfindungen gemäss Personalgesetz“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 13. September 2017)

„Gemäss Personalgesetz § 36 Absatz 3 kann die reguläre Abfindung durch Genehmigung des Regierungsrates von maximal einem Jahreslohn auf maximal zwei Jahreslöhne erhöht werden.

Personalgesetz

§ 36

1 Die Anstellungsbehörde setzt eine Abfindung fest:

...

2 Eine Abfindung kann vereinbart werden, wenn das Arbeitsverhältnis im gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst wird.

3 Die Abfindung beträgt maximal einen Jahreslohn. In Ausnahmefällen kann diese Abfindung mit Genehmigung

des Regierungsrates auf maximal zwei Jahreslöhne erhöht werden. In der Summe der Abfindung enthalten sind

auch allfällige Massnahmen zur Unterstützung einer beruflichen Neuorientierung.

Im Grundsatz dient die Abfindung der Abfederung der Folgen – finanzielle Lücke, Arbeitslosigkeit, Weiterbildungskosten, etc. - einer Kündigung oder bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen. Die Interpellantin möchte wissen, in wie fern der Regierungsrat von dieser Möglichkeit Gebrauch macht bzw. ob es sich auch in der Praxis um eine Härtefallregelung handelt.

1. Wie oft in den letzten 5 Jahren hat der Regierungsrat eine Abfindung von mehr als einem Jahreslohn bewilligt?
2. Um welche Lohnklassen handelte es sich in den bewilligten Fällen?
3. Mit welcher Begründung wurden diese Ausnahmegenehmigungen jeweils erteilt?
4. Wurde dabei jeweils die Summe von 300'000 Schweizer Franken gemäss Ausgabebewilligung § 26 Finanzhaushaltsgesetz überschritten?

Toya Krummenacher“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat in den letzten fünf Jahren eine Abfindung gemäss § 36 Personalgesetz von mehr als einem Jahreslohn bewilligt.

Zu Frage 2: Darüber kann keine Auskunft gegeben werden, da dies Rückschlüsse auf die Person zuliesse.

Zu Frage 3: Darüber kann ebenfalls keine Auskunft gegeben werden, da dies Rückschlüsse auf die Person zuliesse.

Zu Frage 4: Im vorerwähnten Fall wurde die Summe von 300'000 Franken nicht überschritten. Selbst dann, wenn dies der Fall gewesen wäre, wäre hierfür keine Ausgabenbewilligung des Grossen Rates erforderlich gewesen, da in § 36 Abs. 3 Personalgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, dass für solche Ausgabenwilligungen der Regierungsrat zuständig ist. Diese spezialgesetzliche Regelung geht der Bestimmung von § 26 Finanzhaushaltsgesetz vor.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin